

## **Zusammenfassung Gesamtbundesvorstandssitzung April 2015**

Die Gesamtbundesvorstandssitzung fand unmittelbar im Vorfeld der 34. Fußball-Europameisterschaft der Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer statt, welche von Thüringen organisiert wird.

Die Zusammenkunft wurde zum ausführlichen Austausch über die Entwicklungen in den einzelnen Bundesländern genutzt. Insgesamt wurde festgestellt, dass die Diskussion um die Einführung der Risikoorientierten Bewährungshilfe immer verbitterter geführt wird, was zu Unmut in der Kollegenschaft führt. Zudem zeichnet sich ab, dass auch andere Bundesländer sich den von Hessen zelebrierten Sicherheitswahnsinn anzunehmen gedenken bzw. sich zumindest intensiv damit auseinandersetzen (z. B. Sicherheitsmanagement in Berlin, Führungsaufsichtskonzepte in Brandenburg, Rheinland-Pfalz). Erfreulich ist zu bilanzieren, dass in Rheinland-Pfalz die Politik mit ihren sogenannten Reformvorhaben an dem Engagement der LAG gescheitert ist. Bilanziert wurde auch, dass SOPART als Computerprogramm für die Bewährungshilfe nun auch von Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und wohl auch von Hamburg übernommen wird.

Intensiv wurde sich inhaltlich auch mit den Ergebnissen der Evaluation der ambulanten Sozialen Diensten der Justiz in Baden-Württemberg von Prof. Dölling. Die Ergebnisse sollten nach Auffassung des Gesamtbundesvorstandes auch inhaltliche Berücksichtigung in der weiteren Arbeit der ADBeV finden. Zu bilanzieren ist jedenfalls für die ADBeV, dass wir von Anfang an gegen eine Privatisierung von ambulanten Sozialen Diensten der Justiz ausgesprochen haben und die Ergebnisse von Prof. Dölling, unsere Argumentation nach mehr als einem Jahrzehnt diesbezüglich eindrucksvoll stützen.

Der Gesamtbundesvorstand wertete die 12. Bundesdelegiertenversammlung und Tagung positiv aus und verständigte sich zu inhaltlichen Schwerpunkten der Wahlperiode. Es wurde vereinbart in Fragen der Öffentlichkeitsarbeit, wie Verbesserung der Homepage oder Ausbildung von Pressesprechern zu forcieren und die begonnen Arbeitsprozesse der 11. Bundestagung zum Abschluss zu bringen.

Zur Verbesserung der Vereinsarbeit wurden Richtlinien zur Vergabe der Ehrenmitgliedschaft und zur Kassenordnung erarbeitet.

Die DBH hat erklärt in diesem Jahr keinen Bewährungshelfertag durchführen zu können und will dieses im Frühjahr 2016 organisieren. Ob es zu einer Kooperation kommen wird, wie dieses zuvor praktiziert wird, scheint jedoch fraglich. Der Gesamtbundesvorstand wurde über die aktuellen Kommunikationsprobleme mit dem Geschäftsführer der DBH in Kenntnis gesetzt.

Jena, 9. April 2015